

Migration

Tanz mit dem Teufel

Um Flüchtlinge von der Reise nach Europa abzubringen, geht die EU fragwürdige Allianzen

ein. Beispielsweise mit dem sudanesischen Regime. **Von Alexander Bühler, Khartum**

Auf dem arabischen Markt im Stadtzentrum Khartums, einem der grössten Märkte des Sudans, kann man alles kaufen, von Krokodilleder-Taschen über Elfenbein bis zu den neuesten iPhones. Ein Kleiderhändler holt eine dunkle, gefütterte Kunststoff-Jacke hervor. «Damit übersteht man jeden Wüstenwind», sagt er. «Genau dafür kaufen sie die Flüchtlinge.» Selbst jetzt, wo der Winter naht, das Mittelmeer stürmischer wird und die Überfahrt immer riskanter, seien dauernd Migranten unterwegs, erzählt der Händler. Kleidung, Decken, Medikamente, Lebensmittel - im Markt finden die Flüchtlinge alles, was sie für das Durchqueren der Libyschen Wüste brauchen. Eine Schattenwirtschaft hat sich rund um die Flüchtlinge entwickelt, der Sudan ist das wichtigste Transitland Ostafrikas auf dem Weg nach Europa. Jeden Monat verlassen 5000 Flüchtlinge das Nachbarland Eritrea, die meisten kommen bei Kassala über die Grenze.

Die EU versucht mit allen Mitteln zu verhindern, dass die Migranten weiterreisen. Im April hat Entwicklungshilfe-Kommissar Neven Mimica bekanntgegeben, dass Brüssel im Rahmen seines Nothilfe-Treuhandfonds für Afrika 100 Millionen Euro für den Sudan bereitstellt. Und auf einmal steht der Paria-Staat Sudan, der bisher eher für Genozid und Islamismus bekannt war, im Zentrum einer EU-Initiative gegen Migration. Vier Entwicklungshilfe-Projekte zur Verhinderung der Migration im Wert von etwa 25 Millionen Euro hat die EU schon gesprochen. Im Gegenzug hat der Sudan die Strafe für Schleusertum auf zwanzig Jahre Zuchthaus erhöht. Und als Vorleistung die Eingreiftruppe RSF (Rapid Support Forces) unter dem direkten Befehl des Präsidenten zur Grenzsicherung abgestellt. «Dass paramilitärische Einheiten eingesetzt werden, um Flüchtlinge zwischen Sudan und Libyen aufzuhalten, und dass diese Aktionen mit EU-Geldern finanziert werden könnten, bestätigt unsere schlimmsten Befürchtungen», sagt Mark Micallef, Direktor der Nichtregierungsorganisation Migrant Report. Brüssel müsse seinen schizophoren Ansatz aufgeben, der unregelmässige Migration aus Afrika bekämpfen wolle: «Einerseits sagt die EU, sie werde von internationalen Übereinkünften zum Schutz der Grundrechte von Asylsuchenden geleitet. Andererseits geht sie sicherheitspolitische

Deals mit einer Regierung ein, die bekannt dafür ist, Menschenrechte zu missachten.»

In den Kerkern verschwunden

An diesem Nachmittag sind auf den Strassen Khartums keine Eritreer zu sehen. Wer vorhat, bald mit einem Schlepper nach Libyen zu reisen, die grosse Reise nach Europa anzutreten, versteckt sich. Erst im Juli hat die berüchtigte RSF Hunderte Migranten verhaftet und nach Eritrea abgeschoben. Niemand weiss, was mit ihnen geschehen ist, aber Menschenrechtsorganisationen befürchten das Schlimmste. Schliesslich ist in Eritrea die Flucht gesetzlich verboten, immer wieder schiessen Soldaten an der Grenze auf Flüchtlinge. Wer geschnappt wird, verschwindet in den Kerkern. Doch die Jagd der Regierung auf die Schleuser hält die Migranten nicht auf.

Im Stadtteil al-Daim nippt der Eritreer Hamid F. an einer kleinen Tasse Kaffee und erzählt, viele Landsleute sässen trotz allen Risiken auf gepackten Koffern. Unter Eritreern ist Hamid F. ein geachteter Mann, er lebt schon lange in Khartum. Nach wie vor rührten die Schleuser unter den Flüchtlingen kräftig die Werbetrommel, sagt er. Die Eritreer fliehen vor Willkürherrschaft und Perspektivlosigkeit, vor einem Regime, das als das Nordkorea Afrikas bezeichnet wird. Khartum ist oft nur ihre erste Transitstation auf dem Weg nach Europa. Hier finden sie den Schlepper, der sie über Libyen oder Ägypten nach Europa zu bringen verspricht. Das Geschäft mit der Hoffnung hat die politischen Umwälzungen in den beiden Ländern überlebt. Nun nutzen die Schlepper das Chaos in Libyen.

Spät am Nachmittag findet sich ein Schlepper, der bereit dazu ist, ein Gespräch zu riskieren. Der Sudanese Ahmed (Name geändert) sieht adrett aus, rasiert, das Hemd sorgfältig gebügelt. Unauffällig. Er hat das Geschäft gerade an den Nagel gehängt, deswegen fürchtet er sich nicht vor Strafverfolgung. Dennoch zieht er sich jedes Mal, wenn ein Auto vorbeifährt, in den Schatten zurück.

Zwei Jahre lang hat Ahmed jeden Monat etwa 250 Eritreer, Sudanesen und Äthiopier angeworben, die nach Europa wollten. Er habe einem der Grössten im Geschäft, einem Sudanese, zugearbeitet, sagt er stolz. Ahmed ist vorsichtig, erwähnt den Namen des grossen Bosses nicht. Er muss exzellente Verbindungen zum allmächtigen Geheimdienst haben, zu viel auszuplaudern, kann da schnell

zur Lebensgefahr für Ahmed werden. Sein Einstieg in das Schlepperwesen erfolgte im Studium. Ein Kommilitone sprach ihn an und bat ihn, ihm ein paar Flüchtlinge zu vermitteln, die nach Europa wollten. Und weil Ahmed Geld für sein Studium brauchte, stieg er ein. 200 Dollar bekam er für jeden, den er weiterreichte. Eine klassische Laufbahn - das Schleusergeschäft als Nebenjob, das Elend wird ausgeblendet. Viele Schlepper sind nur kleine Rädchen im Getriebe eines grossen Netzes, das bis Europa reicht. Wer genau dahinter steht, wer das grosse Geld einstreicht, bleibt oft trotz allen Ermittlungen unklar.

Was ist mit dem Kampf, den der Sudan den Flüchtlingen und den Schleusern angesagt hat? Hält das den Strom der Menschen nicht auf? Ahmed winkt ab. Viele Armee-Offiziere arbeiteten nach dem Ende ihrer Laufbahn als Schlepper weiter. Sie hätten die besten Beziehungen, mit einem Anruf könnten sie dafür sorgen, dass ihre Fahrzeuge mit den Flüchtlingen an Bord nicht kontrolliert würden.

Die Flüchtlinge bezahlen, steigen in Khartoum in einen Minibus und reisen nach Norden, in Richtung Libyen und Ägypten. Dort, in der Stadt Dongola, sind in den letzten Jahren riesige Goldvorkommen entdeckt worden. Im Sudan kursieren immer wieder Gerüchte von einfachen Schürfern, die mit Metalldetektoren Goldklumpen im Wüstensand entdecken. Die Zentralregierung ist kaum in der Lage, dieses Gebiet zu kontrollieren. Zigtausende sind auf der Suche nach dem Glück dorthin aufgebrochen - mitten unter ihnen die Flüchtlinge. Niemandem, erklärt Ahmed, falle es auf, wenn ein weiterer Lastwagen voller Menschen durch diese Gebiete fahre und danach Richtung Grenze abzweige. Und kaum jemand bemerkt, wenn diese Menschen verschwinden. Sie sind rechtlos, schutzlos. Amnesty International und das US-Aussenministerium haben mehrfach kritisiert, dass der sudanesishe Staat zu wenig zum Schutz der Migranten unternimmt. Tatsächlich sind Flüchtlinge eine willkommene Beute für die Rapid Support Forces, die das Gebiet an der Grenze zu Libyen bewachen sollen. Über die Vorstellung, ausgerechnet die RSF könnte die Flüchtlinge nach den humanitären Vorstellungen der EU behandeln, kann der ehemalige Politiker Elshafie Khidir nur lächeln. Er sass jahrelang im Zentralkomitee der Kommunisten. Seit 27 Jahren, seit der Machtübernahme der Islamisten unter Präsident Omar al-Bashir, wird Khidir überwacht.

Schergen als Grenzschtützer

Für ihn ist klar, wer zur RSF gehört: «Das sind Janjawid, arabische Stammesangehörige aus dem Süden, die Verbrechen in den Konfliktregionen Darfur und Kordofan begangen haben.» Ausgerechnet sie sollten jetzt die EU vor den Flüchtlingen schützen. Aus Eigeninteresse habe der Sudan die Miliz in den verlassenen Nordwesten des Landes, an die Grenze geschickt, sagt Khidir, dort könnten die Janjawid der Regierung nicht gefährlich werden. «Aber mit der paramilitärischen Ausrüstung, die sie von der EU bekommen werden», schimpft Khidir, «sind sie besser ausgestattet und mächtiger als die Armee selbst.»

Die EU will Flüchtlinge von der Reise nach Europa aufhalten. Dazu steckt sie im Sudan

Millionen von Euro in Hilfsprojekte, die vor allem dem Regime zugute kommen - das seinerseits mit den Schleppern verflochten ist. Und das die Flüchtlinge einer Mördertruppe wie den Janjawid überlässt.